

SOZIALES – GEMEINSCHAFT UND RESPEKT

Wir FREIEN WÄHLER sehen in diesem Bereich eines der wichtigsten Handlungsfelder. Die Verbesserung der Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger in Sachsen-Anhalt ist für uns Dreh- und Angelpunkt unserer Politik. Sachsen-Anhalt lebt von Menschen, die jeden Tag ihr Bestes geben in Familie, Beruf oder Ehrenamt.

Wir stehen für ein gesellschaftliches Miteinander, das Individualität, Vielfalt und Solidarität fördert und wertschätzt. Unser Ziel ist eine solidarische Gesellschaft, in der Respekt vor der Freiheit eines jeden Einzelnen, aber auch der Respekt vor den Werten der Mehrheitsgesellschaft steht.

Eine wichtige soziale Stütze unserer Gesellschaft ist die ehrenamtliche und darum meist unentgeltliche Arbeit. Sei es in den Sportvereinen, bei den freiwilligen Feuerwehren und Katastrophenschutzeinheiten, in wohltätigen Vereinen oder ganz einfach beim Vorlesen in Kindergärten – überall und in noch viel mehr Bereichen finden sich Ehrenamtliche, die mit viel Engagement unsere Gesellschaft stützen. Wir wollen, dass im Gegenzug das Engagement im Ehrenamt mehr Wertschätzung erfährt und bürokratische Hürden für die Vereine abgebaut werden.

Unter den steigenden Sozialausgaben brechen die kommunalen Haushalte in Sachsen-Anhalt fast zusammen, weil es gleichzeitig an Einnahmen z. B. aus der Gewerbesteuer fehlt. Wir wollen dennoch keine Leistungskürzungen und machen uns deshalb stark für eine höhere finanzielle Beteiligung von Land und Bund an diesen Ausgaben, um die Kommunen handlungsfähig zu halten.

A. Familien, Kinder und Senioren

1. Familien stärken

Die FREIEN WÄHLER stehen für echte Wahlmöglichkeit, welches Familienmodell und welches Modell der Kindererziehung die Eltern für sich wählen wollen. Eltern müssen sich entscheiden können, ob sie ihre Kinder selbst zu Hause betreuen oder ob sie ihre Kinder in die Krippe, Kita oder in den Hort ganztags oder stundenweise bringen wollen. Sie müssen im Rahmen der Gesetze frei über die Gestaltung ihres Familienlebens entscheiden können. Für uns FREIE WÄHLER darf es deshalb auch keine Bevorzugung bestimmter Formen der Kinderbetreuung von staatlicher oder kommunaler Seite geben. Wir wollen ein kinderfreundliches Sachsen-Anhalt.

Kinder sind unsere Zukunft. Sie bedürfen der besonderen Aufmerksamkeit von Politik und Gesellschaft. Die Qualität der Kinderbetreuungseinrichtungen ist hierbei von besonderer Bedeutung.

Unsere Ziele:

- Kita und Hort kostenlos für alle Kinder anbieten,
- Schule und Hort in einer Trägerschaft etablieren,
- kostenloses Schülerticket für alle,
- Azubi-Ticket auf Studierende ausweiten,
- Talentförderung,
- Hebammen-Beruf stärken: Versicherungsbelastungen begrenzen,
- Geburtshilfe und Kinderärzte flächendeckend sichern,
- ausreichende finanzielle Unterstützung in der Elternzeit,
- Unterstützung der Familien durch eine ausreichende Anzahl von Kinderkrippen, Kindergärten und Horten mit flexiblen, den Bedürfnissen der Eltern angepassten Öffnungszeiten und einer über die bloße Betreuung hinausgehende Förderung und frühkindliche Bildung,
- eine Entlastung der Kindergärtner*innen durch einen niedrigeren Betreuungsschlüssel,
- eine Anhebung der Gehälter zur Erhöhung der Attraktivität des Erzieherberufes,
- wohnsitznahe Einzugsbereiche für Kindergärten analog zur Grundschule,
- Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung,
- Angebotsvielfalt verschiedener Träger sicherstellen,
- gesunde und ausgewogene Speisen anbieten.

2. Gleiche Chancen für Frauen

Wir FREIEN WÄHLER stehen für echte Gleichberechtigung. Ungeachtet der Fortschritte gibt es immer noch einen eklatanten Widerspruch zwischen „gefühlter Gleichberechtigung“, also dem, was Frauen heute möglich zu sein scheint, und den strukturellen Rahmenbedingungen. In Politik, Medien, Wirtschaft und Gesellschaft gibt es noch viel Ungleichheit zwischen den Geschlechtern. Gleichstellung in Form von Angleichung der Lebenssituation von Mann und Frau ist nach wie vor eine Herausforderung. Der Anteil von Frauen in Führungspositionen ist seit Jahren unverändert niedrig. Und das, obwohl Frauen heute ebenso hoch qualifiziert sind wie Männer. Auch hinsichtlich der Entlohnung haben Frauen gegenüber Männern oftmals noch das Nachsehen.

Unsere Ziele:

- gleicher Lohn für gleiche Arbeit,
- Kind und Karriere! – Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern,

- Frauenanteil in Führungspositionen ohne Quotenzwang erhöhen.

3. Demografischen Wandel gestalten – Fachkräfte sichern und gewinnen

Sachsen-Anhalt ist, wie alle ostdeutschen Bundesländer, besonders durch den demografischen Wandel geprägt.

Während die Oberzentren Magdeburg und Halle (Saale) bevölkerungsseitig wachsen, erleben wir im ländlichen Raum vielerorts die massiven Verwerfungen des starken Bevölkerungsrückgangs der letzten Jahre. Wir FREIEN WÄHLER nehmen uns sowohl der Herausforderungen in der Stadt als auch auf dem Land an und wollen für gleichwertige Lebensverhältnisse sorgen.

Eine besondere Herausforderung hierbei stellt der Fachkräftemangel dar. Qualifiziertes Personal fehlt seit Jahren an allen Ecken und Enden: bei den Erziehungs- und Lehrkräften, dem Pflegepersonal, in den Naturwissenschaften und im Handwerk. Wir haben hier mittlerweile einen Zustand erreicht, bei dem Unternehmen aufgrund des Fachkräftemangels an Wachstumsgrenzen stoßen oder sogar existenziell gefährdet sind. Das wollen wir FREIE WÄHLER schnellstmöglich ändern.

Wir werden uns daher für folgende Ziele einsetzen:

- Ansiedlung von Unternehmen fördern, die qualifizierte Fachkräfte benötigen,
- punktuelle Netzwerk-Büros für Fachkräfte einrichten,
- regionale Fachkräfteinitiativen fördern,
- ein landesweites Netzwerk zur Unterstützung von Unternehmensnachfolgen aufbauen,
- Weiterbildung mit Hilfe staatlicher Anreize fördern,
- Einwanderungsgesetz für eine qualifizierte Zuwanderung,
- höhere Erwerbstätigkeit von Frauen durch eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf,
- betriebliche Gesundheitsförderung unbürokratisch fördern,
- attraktive Anreize für eine freiwillige Fortsetzung der Erwerbstätigkeit nach dem Renteneintritt schaffen,
- Informations- und Förderangebote für rückkehrwillige Menschen intensivieren.

4. Solidarisches Miteinander von Jung und Alt

Das solidarische Miteinander von Jung und Alt sowie der Dialog zwischen den Generationen sind Grundvoraussetzung für das Funktionieren unserer Gesellschaft. Wir wollen erreichen, dass die Älteren unter uns auch künftig ein selbstbestimmtes Leben führen können.

Altersarmut und soziale Vereinsamung wollen wir bekämpfen. Die immer noch bestehenden Barrieren im öffentlichen Raum für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen müssen zügig abgebaut werden.

Wir FREIEN WÄHLER wollen, dass auch ältere Menschen aktiv in die Gesellschaft eingebunden werden. Diese wertzuschätzen und ihre Potenziale anzuerkennen, ist uns FREIEN WÄHLERN ein besonderes Anliegen. Wir setzen uns ein für eine echte Mehrgenerationenpolitik, die den Gedanken der Teilhabe aller Generationen am gesellschaftlichen Leben in den Mittelpunkt rückt. Gerade zur Stärkung des ehrenamtlichen, sozialen und kommunalen Engagements sind Erfahrung und Tatkraft der älteren Generation von hohem Nutzen. Wir FREIEN WÄHLER wollen dazu beitragen, unsere Stadt für ältere Menschen lebenswert zu gestalten. Sie sollten so lange wie möglich in ihrer gewohnten Umgebung bleiben können. Wir unterstützen in allen Bereichen die Hilfe zur Selbsthilfe. Wir wollen generationsübergreifende Wohnformen und Betreuungsnetzwerke fördern.

Unsere Ziele:

- barrierefreie Stadt- und Dorfentwicklung,
- Maßnahmen gegen soziale Vereinsamung,
- Mehrgenerationenhäuser und altersgerechtes Wohnen ausbauen,
- Gesundheitsangebote und medizinische Versorgung stärken,
- Projekte zur Gründung von Seniorenbeiräten fördern,
- mobile Verkaufseinrichtungen und Lieferdienste fördern,
- Quartierskonzepte zur Seniorenbetreuung fördern und umsetzen,
- aktive Freizeitmöglichkeiten für ältere Menschen schaffen,
- Verweildauer im eigenen Hausstand durch digitale Anwendungen fördern,
- Förderprogramme für altersgerechtes Wohnen und Wohnkonzepte ausbauen,
- Betreuungs- und Hilfskonzepte in Wohnquartieren entwickeln (technische Hilfsmittel oder digitale Anwendungen, zum Beispiel sensorgestützte Warn-App),
- flexible Mobilitätsangebote schaffen.

B. Soziale Verantwortung leben

Wir FREIEN WÄHLER fördern Individualität und fordern den Respekt vor der Meinung der anderen. Unser Umgang miteinander ist geprägt von Toleranz und Gewaltfreiheit. Für ein funktionierendes Zusammenleben und -arbeiten in unserer Gesellschaft sind Respekt und ein gemeinsames Werteverständnis unerlässlich. Gemeinschaft, Respekt und Achtsamkeit sind Grundpfeiler unserer Gesellschaft.

Das Zusammenleben in einer Gemeinschaft geht nicht ohne Konflikte einher. Entscheidend ist, wie wir mit diesen Situationen umgehen. Andere Meinungen, verschiedene

Lebenssituationen, unterschiedliche Vorstellungen über Werte und Regeln erfordern immer wieder aufs Neue eine Auseinandersetzung über das Leben in einer Gemeinschaft.

Wir FREIEN WÄHLER setzen uns mit aller Konsequenz gegen Diskriminierung, Ausgrenzung, Mobbing und Gewalt in jeglicher Form ein. In unseren Gesetzen ist verankert, dass Menschen nicht aufgrund ihres Geschlechts, ihrer Rasse, ihrer Sprache, ihrer Abstammung, ihrer Heimat und Herkunft, ihres Glaubens, ihrer religiösen oder politischen Anschauungen, ihrer sexuellen Identität, ihres Alters oder einer Behinderung benachteiligt werden dürfen. Dies ist für uns nicht verhandelbar und muss in allen Bereichen der Gesellschaft ankommen. Dafür werden wir uns mit aller Kraft einsetzen.

Frauen und Kinder sind besonders stark von häuslicher Gewalt bedroht. Wir FREIEN WÄHLER setzen uns dafür ein, dass ein Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe für von Gewalt Bedrohte geschaffen wird. Psychologische Betreuung, insbesondere auch für Kinder, muss gewährleistet sein. Betroffene Frauen müssen sicher, schnell und unbürokratisch Schutz und qualifizierte Hilfe in einem Frauenhaus oder einer Frauenschutzwohnung erhalten können. Zugangs-, Beratungs- und Betreuungsmöglichkeiten für Frauen mit Behinderungen müssen optimiert werden. Die Finanzierung von Frauenhäusern, einschließlich der Frauennotrufe, muss langfristig gesichert werden. Das betrifft sowohl die Personal- als auch die Sachkosten einschließlich investiver Mittel. Finanzielle Leistungen für Frauenhäuser sind keine freiwilligen Leistungen, sondern Pflichtaufgaben der Kommunen im eigenen Wirkungskreis. Wir setzen uns für eine bedarfsgerechte Anhebung der Zuweisungen im Finanzausgleichsgesetz (FAG) ein, um den Kommunen die Möglichkeit zu geben, dieser Aufgabe gerecht zu werden.

1. Integration

Wir FREIEN WÄHLER stehen für ein offenes Miteinander zwischen den Menschen aller Kulturen in unserem Land. Miteinander leben ist ein Geben und Nehmen, das Toleranz verlangt für den anderen, Sensibilität im Umgang mit Neuem, aber auch die Anerkennung von Regeln und traditionellen Werten. Die Integrationspolitik der FREIEN WÄHLER stellt den Menschen – egal, welcher Kultur – in den Mittelpunkt, und fordert Offenheit im sozialen Miteinander. Als unabdingbare Voraussetzung für eine gelungene Integration sehen wir die Kenntnis der deutschen Sprache. Wir FREIEN WÄHLER treten daher für einen weiteren Ausbau der Sprachförderung schon ab dem Kindergartenalter ein.

Wir sind offen für Zuwanderung, wenn der Grundkonsens stimmt. Nur wer integriert ist, gehört auch wirklich dazu. Eine klug geregelte Integrationspolitik macht eine Gesellschaft bunter, attraktiver und reicher. Am Ende einer gelungenen Integration sollte das Gefühl stehen, dazuzugehören und nicht in einer Parallelgesellschaft zu leben. Stets unter der Prämisse, sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung, zur Sprache, zu den Werten

und zum Rechtssystem hierzulande zu bekennen, stehen die FREIEN WÄHLER der Zuwanderung mit Selbstverständnis und Offenheit gegenüber.

Die Kosten der Integration dürfen nicht auf unsere Städte und Gemeinden abgewälzt werden. Wir werden uns dafür einsetzen, dass der Bund vollumfänglich dafür aufkommt. Zahlreiche Kommunen in Sachsen-Anhalt sind ohnehin in finanzieller Not und dürfen nicht noch zusätzlich belastet werden.

Unsere Ziele:

- Erstunterbringung in kleineren Erstaufnahmeeinrichtungen,
- breite Verteilung in Kommunen, um Konzentrationen zu verhindern,
- frühzeitige Sprachkurse und Ausbildungsmöglichkeiten schaffen,
- Zuwanderer mit Bleiberecht schneller in Arbeit bringen,
- Einwanderungsgesetz nach Qualifikation nach kanadischem und australischem Vorbild,
- Asylverfahren beschleunigen,
- Rückkehrhilfen vor Abschiebungen, bessere Zusammenarbeit mit Herkunftsländern,
- Sicherheitslage in Bürgerkriegsländern regelmäßig überprüfen,
- Sachleistungen vor Geldleistungen für Asylbewerber,
- Leistungen für nicht integrationswillige Flüchtlinge kürzen.

2. Menschen mit Behinderungen

Wir FREIEN WÄHLER stehen hinter der UN-Behindertenrechtskonvention und machen uns für die Eingliederung der Menschen mit Behinderung in alle Lebensbereiche stark. Inklusion ist eine Aufgabe, die sehr viel Umdenken in zahlreichen Lebensbereichen erfordert. Wir setzen uns dafür ein, dass dies von Politik und Gesellschaft gemeinsam geleistet wird. Dabei muss klar sein, dass dies die Städte und Gemeinden selbst nicht finanziell schultern können. Neben dem Bund muss das Land Sachsen-Anhalt hier große finanzielle Verantwortung tragen, um den Menschen mit Behinderung gleichwertige Lebensbedingungen und Chancengleichheit sowie die gleichberechtigte Teilhabe am Leben in der Gesellschaft zu gewährleisten und eine selbstbestimmte Lebensführung zu ermöglichen.

Unsere Ziele:

- keine unterschiedliche Behandlung von Menschen mit und ohne Behinderung,
- Barrierefreiheit in baulichen und anderen Anlagen, in Verkehrsmitteln, bei technischen Gebrauchsgenständen, in Systemen der Informationsverarbeitung sowie akustischen und visuellen Informationsquellen und Kommunikationseinrichtungen (zum Beispiel behindertengerechte Wohnungen zu vertretbaren Mieten, niveaugleiche Einstiege in Bus und Bahn, stufenloser Zugang zu Gebäuden, Blindenschrift, Sprachausgabe),

- gleichberechtigte Teilhabe am politischen und öffentlichen Leben in der Gesellschaft sichern,
- Inklusion stärken – gemeinsame Erziehung und Bildung von Menschen mit und ohne körperliche Behinderungen.

3. Ehrenamt, Vereine und Sport

Für ein starkes Ehrenamt

Das bürgerschaftliche Engagement leistet einen unverzichtbaren Beitrag zum Gelingen der Gesellschaft und verhindert soziale Kälte. Der vielfältige Einsatz, den Millionen von Menschen tagtäglich erbringen, ist Voraussetzung für ein solidarisches und verantwortungsbewusstes Miteinander. Daher setzen wir FREIEN WÄHLER uns für eine stärkere Würdigung ehrenamtlich Tätiger und den Abbau von bürokratischen Hürden ein.

Unsere Ziele:

- Vereine von überzogener Bürokratie befreien,
- Freistellungsmöglichkeiten für ehrenamtliche Rettungskräfte ausweiten,
- Ehrenamtskarte flächendeckend ausbauen,
- staatliche Zuschüsse für die Ehrenamtskarte erhöhen,
- Ehrenamtskoordinatoren flächendeckend finanzieren,
- Altersbeschränkung für ehrenamtliche Schöffen aufheben,
- Vereine und Jugendarbeit stärker unterstützen.

Sport im Verein fördern

Wir FREIE WÄHLER wollen optimale Bedingungen für Breiten- und Leistungssport in allen Regionen schaffen und erhalten. Eine wichtige Voraussetzung dafür sind moderne öffentliche Sportstätten und Schwimmbäder. Hier brauchen die Kommunen Unterstützung in Form höherer staatlicher Zuschüsse. Ein besonderes Augenmerk legen wir auf die qualitative und quantitative Weiterentwicklung des Angebotes im Breitensport.

Unsere Ziele:

- Sportstätten und Schwimmbäder erhalten und neu bauen,
- Vereinssport als wesentlichen Teil des gesellschaftlichen Lebens vor Ort fördern,
- Sport als Freizeitangebot an Schulen stärken,
- stärkere Zusammenarbeit von Schulen und Sportvereinen vor allem bei Ganztagsbetreuungsangeboten, stärkere Nutzung von Schulsportanlagen durch Vereine,
- alle Grundschul Kinder müssen sicher schwimmen lernen.

C. Gesundheit

1. Medizinische Versorgung sichern

Seit Jahren wächst die Unterversorgung mit Haus- und Fachärzten in strukturschwachen ländlichen Regionen. Dies stellt mittlerweile ein akutes Problem für die Lebensqualität der Bevölkerung dar. Eine ortsnahe medizinische Versorgung ist jedoch ein entscheidender Standortfaktor für die Gemeinden. Ohne eine ortsnahe Gesundheitsversorgung verlieren Städte und Gemeinden enorm an Attraktivität.

Für die hausärztliche Versorgung auf lokaler Ebene ist eine kleinräumige Bedarfsplanung zu schaffen, die die örtlichen Strukturen beachtet. Dabei darf nicht allein die Einwohnerzahl maßgebender Faktor für die Zulassung von Ärzt*innen sein, sondern die regionalen Gegebenheiten – Entfernungen und Altersstruktur der Patienten – müssen ebenso berücksichtigt werden. Hierzu ist ein örtlicher Rechtsanspruch auf flächendeckende ärztliche Grundversorgung zu schaffen.

Zur Erfüllung des Sicherstellungsauftrages sollten durch eine weitere Deregulierung den Kassenärztlichen Vereinigungen größte Handlungsspielräume eröffnet werden, um flexible regionale Lösungen zu ermöglichen.

Mit der Etablierung von Ärztenetzwerken kann eine wohnortnahe ambulante medizinische Versorgung organisiert werden. Ohne eine ausreichende Anschubfinanzierung haben sich diese Zusammenschlüsse von Hausarzt*innen sowie weiteren Ärzt*innen verschiedener Fachrichtungen, Psychotherapeut*innen und Vertreter*innen anderer Gesundheitsberufe in Sachsen-Anhalt aber bisher nur selten gebildet. Hier muss sich das Land stärker engagieren.

Auch bei der Sicherstellung der stationären Versorgung müssen die regionalen Besonderheiten ebenfalls Grundlage der Krankenhausplanung sein. Damit der Kostendruck nicht zu Schließungen führt, ist die Finanzierung der Krankenhäuser via Fallpauschalen zu beenden. Die Krankenhäuser sind in der Fläche zu erhalten. Ist dies für privatwirtschaftliche Anbieter nicht zu leisten, muss der Staat bereit sein, von Schließung bedrohte Krankenhäuser zu übernehmen.

12 Minuten – so viel Zeit soll höchstens vergehen, bis ein Rettungswagen in Sachsen-Anhalt am Einsatzort eintrifft. Laut Rettungsdienstgesetz soll dieser Wert in 95 Prozent aller Fälle erreicht werden. Dies gelingt aber nicht in ganz Sachsen-Anhalt. Gerade in ländlichen Regionen mit den langen Wegen zum Einsatzort könnten Rettungshubschrauber Abhilfe schaffen. Wir FREIEN WÄHLER fordern deshalb, in dünnbesiedelten Regionen Rettungshubschrauber vorzuhalten.

Unsere Ziele:

- mehr Medizinstudienplätze schaffen,
- Landarztquote auf 10 Prozent erhöhen,
- Studium der Allgemeinmedizin aufwerten durch Schaffung weiterer Lehrstühle und Angleichung der Honorierung an Fachärzte,
- Ärzte im ländlichen Raum stärker fördern durch finanzielle Anreize wie Niederlassungszuschüsse, Investitionshilfen und Stipendien,
- Praktika (Famulatur) in hausärztlichen Landpraxen fördern,
- Telemedizin ausbauen,
- Berufsbild des Assistenzarztes einführen,
- Anreize für ältere Ärzte schaffen (zum Beispiel: Befreiung vom Bereitschaftsdienst),
- Gründungsmöglichkeiten von privaten und kommunalen Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) verbessern,
- MVZ der Kassenärztlichen Vereinigung in unterversorgten Gebieten,
- Bildung von Ärztenetzwerken stärker fördern,
- Rettungshubschrauber für dünnbesiedelte Regionen vorhalten,
- Unterfinanzierung der Krankenhäuser abbauen,
- von Schließung bedrohte Krankenhäuser rekommunalisieren,
- Palliativ- und Hospizbewegung stärker fördern.

2. Gesunde Ernährung

Wir wollen, dass die Menschen wieder leichteren Zugang zu frischen Lebensmitteln aus regionaler Erzeugung bekommen. Durch industrielle Weiterverarbeitung, Haltbarmachung und Einsatz von Zusatzstoffen werden vielfach ungesunde Prozesse, beispielsweise Lebensmittelunverträglichkeit und Allergien ausgelöst. Importware hält oftmals die deutschen Standards der Herstellung und Grenzwerte nicht ein. Die Verbraucher werden zuweilen getäuscht und verlieren den Überblick.

Leider gibt es immer noch zu viele Kinder, die in ihren Elternhäusern gar keinen oder einen sehr geringen Zugang zu gesundem Essen haben. Ungesunde Ernährung ist wiederum ursächlich für sehr viele Erkrankungen wie Diabetes, Bluthochdruck, Herzinfarkt, Arteriosklerose, Schlaganfall und vieles mehr. Sachsen-Anhalt hat bei den kardiovaskulären Erkrankungen (zum Beispiel Herzerkrankungen und Schlaganfall) die höchste Häufigkeit aller Bundesländer. Zum Wohle der Menschen ist die Politik auf allen Ebenen gefordert, bessere Rahmenbedingungen zu setzen. Dies fängt bei den Jüngsten an. Wir FREIEN WÄHLER wollen deshalb die Schul- und Kitaspeisung verbessern. Durch Förderung von kommunalen Schulküchen sollen diese unabhängiger von Fremdanbietern werden.

Unsere Ziele:

- kommunale Schulküchen fördern,
- Lebensmittel klar bezüglich Herkunft und Produktionsweise kennzeichnen,
- heimische Direktvermarktung und Spezialitäten deutlich ausbauen und unterstützen,
- marktbeherrschende Strukturen im Lebensmitteleinzelhandel, in der Schlachthofbranche und der Lebensmittelindustrie bekämpfen,
- kleinstrukturierte, verbrauchernahe und mittelständische Land- und Ernährungswirtschaft erhalten und wiederaufbauen,
- Weidetierhaltung, Weide- und Hofschlachtung ausbauen, Tierschutz und bessere Fleischqualität durch kurze Wege,
- mehr Wertschöpfung für den Erzeuger, Honorierung von Tierschutz- und Umweltstandards sicherstellen,
- Gesamtkonzepte zur Reduzierung von Antibiotika und genveränderten Futtermitteln entwickeln,
- Lebens- und Futtermittelimporte streng kontrollieren, keine laxen Grenzwerte,
- mehr Aufklärung und Bildung in Bezug auf gesunde Lebensmittel, auch im Schulunterricht (Unterrichtsfach Alltagskompetenz).

3. Pflege

Pflege muss angemessen und bezahlbar sein und bleiben

Pflegebedürftigkeit ist ein allgemeines Lebensrisiko. Wir FREIEN WÄHLER sehen die aktuelle Situation im Bereich der Pflege als äußerst kritisch. Wir wollen die Bereitstellung besserer Informationsmöglichkeiten für alle Menschen, die Pflege benötigen, die Verbesserung der Arbeitssituationen von Pflegekräften und die rasche und zielgerichtete Hilfe für pflegende Angehörige. Die pflegerische Versorgung der Bevölkerung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wir FREIEN WÄHLER fordern alle Institutionen, von den ortsnahen Krankenhäusern, den Ärzten, den ambulanten und stationären Einrichtungen, den Sozialämtern, dem medizinischen Dienst der Krankenversicherung, dem Gesundheitsamt, der Wohlfahrtspflege, den Unternehmen bis hin zu den pflegenden Angehörigen auf, die Situation pflegebedürftiger Menschen wahrzunehmen und gemeinsam mit der Verwaltung den Versicherten angemessene Angebote zu machen.

Die Pflege alter und kranker Menschen steht seit Jahren im Mittelpunkt der öffentlichen Kritik: steigende Pflegekosten, zu wenig Pflege- und Betreuungspersonal, schlechte Bezahlung von Pflege- und Betreuungskräften. Um Pflegebedürftige in Heimen angemessen zu betreuen, fehlen in Sachsen-Anhalt mehrere tausend Pflegekräfte. Dies ist ein nicht hinnehmbarer Zustand.

Unsere Ziele:

- bessere Bezahlung der Pflegekräfte,
- Ausbildung der Pflegeberufe verbessern und aufwerten,
- Möglichkeit der Anerkennung von langjährigem Fachwissen bei Pflegehelfer*innen schaffen.

Pflege macht arm

Seit 2018 ist der Eigenanteil in den Pflegeheimen für die stationäre Betreuung um 30 Prozent gestiegen. Die Menschen können den gestiegenen Eigenanteil nicht mehr selbst aufbringen, sondern sind auf Sozialhilfe angewiesen. Pflege macht arm, dies ist seit Jahren bekannt. Bislang wurde durch die Bundesregierung nichts unternommen, um die Kostenexplosion für die Pflegebedürftigen in den Griff zu bekommen, wie zum Beispiel eine Anpassung wie beim staatlichen Kindergeld.

Seit Einführung der Pflegeversicherung ist die Pflege für den Einzelnen erheblich teurer geworden. Gute Pflege können sich die Bedürftigen kaum noch leisten. Für die Kosten haften die Ehepartner und die Angehörigen in auf- und absteigender Linie, also zum Beispiel Eltern, Kinder und sogar Enkelkinder. Die Konzeption der Pflegeversicherung muss überarbeitet werden. Die Pflege muss über angepasste Beiträge zur Pflegeversicherung finanziert werden – auch inklusive der Beiträge der Beamten und Selbständigen.

Unsere Ziele:

- Pflegefinanzierung überprüfen,
- ambulante Pflege finanziell stärken,
- betreutes Wohnen und Wohngruppen finanziell fördern,
- pflegende Angehörige unterstützen,
- bessere Versorgung mit Pflegehilfsmitteln im ambulanten Bereich.

4. Seuchenprävention

Die Pandemie mit SARS-CoV-2 hat uns vor Augen geführt, dass die aktuelle Landesregierung trotz Beteuerungen und vorhandener Pläne schlecht vorbereitet war. Das Fehlen von persönlichen Schutzausrüstungen (PSA) in ausreichender Menge sowie Desinfektionsmitteln, Grundsubstanzen dafür und ausreichend Gefäßen (Kanister, Sprühflaschen) war ein Desaster.

Ohne die engagierte und kompetente Arbeit der Gesundheitsämter vor Ort wäre der Ausbruch nicht einzudämmen gewesen. Die Krise hat gezeigt, dass sich die Nähe der

Entscheidungen zur Lage vor Ort ausgezahlt hat. Den Gesundheitsämtern ist deshalb noch mehr Entscheidungskompetenz zuzuweisen. Die FREIEN WÄHLER wollen eine stärkere Berücksichtigung der regionalen Lage bei der Festlegung von Eindämmungsmaßnahmen.

Die Corona-Krise hat wie ein Brennglas gewirkt und Fehlentwicklungen der Vergangenheit schonungslos offengelegt. Ein unreflektiertes „Weiter so“ darf es deshalb nicht geben. Vielmehr eröffnet die Corona-Krise eine historische Chance, um beim Neustart mit geeigneten Reformen nachzusteuern. Das betrifft alle wichtigen Politikfelder. Das Gesundheitssystem ist zu reformieren, überfällige Transformationsprozesse in Wirtschaft und Gesellschaft sind anzustoßen sowie die Digitalisierung voranzubringen. Nur wenn wir die Krise konsequent aufarbeiten, kann unsere Gesellschaft gestärkt und erneuert aus ihr hervorgehen.

Unsere Ziele:

- kleine Krankenhäuser in der Fläche erhalten,
- landesweit einheitliche Pandemiestrategie entwickeln,
- Zuständigkeiten kommunaler Gesundheitsämter stärken,
- Arbeitsbedingungen in der Pflege verbessern,
- Mitarbeiter*innen im Gesundheitswesen besser bezahlen,
- Unabhängigkeit von Medikamentenimporten gewährleisten,
- Katastrophenschutz und Feuerwehren besser für Pandemien rüsten,
- Produktion krisenrelevanter Güter sichern,
- ausreichend Bestände an PSA und Desinfektionsmitteln (und Grundsubstanzen) sichern,
- Lagerung und Verteilung koordinieren die Gesundheitsämter der Landkreise,
- Förderung des Impfschutzes der Bevölkerung (Schulimpfungen).